

Damit Kultur nicht unerschwinglich bleibt

SOZIALAUSSCHUSS Grüne können Sozialpass nicht durchsetzen, aber grünes Licht für Kooperation mit Verein „Kulturleben Hochtaunus“

WEHRHEIM (sat). Schon in der Februar-Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport und Kultur war der Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einführung eines „Wehrheim-Passes“ (eine Art Sozial-

stehe. Bei vielen Vereinen gebe es bereits eine jeweils unbürokratische interne Regelung, damit auch finanziell schlechter gestellte Personen teilhaben könnten.

pass) für Geringverdiener und deren Familien intensiv diskutiert worden, ob und wie ein solcher Pass sinnvoll umsetzbar sei. Wie Bürgermeister Gregor Sommer (CDU) in dieser Sitzung mitteilte, könnten bei einem von der Gemeinde angebotenen Sozialpass nur Vergünstigungen bei gemeindlichen Einrichtungen berücksichtigt werden. Dies betreffe das Freibad oder die Bädererei, wobei die einmalige Gebühr von 50 Cent für die Mitgliedschaft der Bücherei wohl vernachlässigbar sei und der Verwaltungsaufwand für einen Sozialpass dazu im keinem Verhältnis

Um eine weitere Form kultureller Teilhabe anbieten zu können, brachte Ausschussvorsitzende Heidrun Momy (SPD) den gemeinnützigen Verein „Kulturleben Hochtaunus“ ins Spiel. Daher folgte diese Woche Gaby Eisner, Vorstandsmitglied des Vereins „Kultur-Leben“ der Einladung des Gremiums und stellte den Verein vor. Der Verein für kulturelle Teilhabe ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen den kostenfreien Besuch von Kulturveranstaltungen, indem er nicht verkaufte Eintrittskarten in einem persönlichen Telefongespräch an sogenannte „Kulturgäste“ vermittelt. Damit die „Kultur-

gäste“ nicht allein zu den Veranstaltungen gehen müssen, würden stets zwei Karten vermittelt.

Außerdem sei eine Art Patenprojekt in Planung, damit Alleinstehende einen Begleiter und eventuell auch eine Fahrmöglichkeit haben. Die Karten würden an der Abendkasse hinterlegt, sodass nicht erkennbar sei, dass es sich um „Bedürftige“ handle. Als „bedürftig“ gelten nicht nur Empfänger von Sozialleistungen, wie „Hartz IV“, sondern auch Geringverdiener oder Rentner, erklärte Eisner.

Der Verein lege hier eine Bemessung des doppelten Grundversicherungsbetrags zugrunde, was einem monatlichen Einkommen von rund 830 Euro entspräche. Es gebe bereits eine Kooperationsvereinbarung mit allen 13 Kommunen des Kreises und bei den Veranstaltern

sowie etlichen Spendern sei die Gebefreudigkeit sehr hoch, freute sich Eisner, die eine der rund 18 ehrenamtlich Aktiven des Vereins ist. Mit den Spendengeldern würden auch spezielle Angebote für Kinder finanziert.

Allerdings habe sich offenbar diese Möglichkeit der Teilhabe noch nicht so herumgesprochen, denn es würden noch längst nicht alle potenziellen Nutzern Gebrauch von dem für sie kostenlosen Angebot machen. Dem Gremium gefiel das Angebot des Vereins so gut, dass sofort eine Kooperation zugesagt wurde. Die will der Rathauschef auch gleich mit einer Mitgliedschaft der Gemeinde (36 Euro Jahresbeitrag) untermauern, was vom Sozialausschuss sehr begrüßt wurde. Damit noch mehr Menschen von der kulturellen Teilhabe möglichst erfahren, sollen die Pro-

jekte des Vereins im Rathaus bei den Sozialstellen ausgegeben werden, außerdem unter anderem die Kirchen, das DRK und das Mehrgenerationenhaus Flyer erhalten. Britta Nawrowski (Grüne) zeigte sich zwar ebenfalls von der Kooperation mit „Kulturleben“ zufrieden, dennoch sei ihr das zu wenig. Sie verwies erneut auf den ursprünglichen Antrag, einen Sozialpass einzuführen. Allerdings werde die Umsetzung schwierig, denn wie der Bürgermeister berichtete, habe er das Thema in der Bürgermeisterkreisversammlung vorgebracht und eine interkommunale Vernetzung mehrerer Städte und Gemeinden angeregt, weil dann auch das Angebotsspektrum größer sei als bei einzelnen „Inselösungen“. Allerdings sei der Vorschlag von den anderen Kommunen abgelehnt worden.